

Solidarität

unsere Chance

Nummer 156

März 2022

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

Aufruf gegen den Krieg in der Ukraine



Österreich



Teuerung:

Preisstopp statt Gutscheine

AUVA

Im Krisenmodus –
Bericht einer Betroffenen

Öffentliches Gesundheitssystem

Keine Verbesserung in
Sicht- warum?

EU-Taxonomie



Nein zum Greenwashing

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen und ist entschieden abzulehnen. Wir rufen die russische Regierung auf, den Angriff sofort zu stoppen und Verhandlungen zu initiieren.

Ukraine:

Schluss mit Krieg!

**Friedenspolitik statt Kriegshysterie,
Krieg und noch mehr Eskalation!**

Für **ÖSTERREICH** heißt das gerade jetzt:

- **JA zu Neutralität und wirklicher Neutralitätspolitik**
- **NEIN zur Kriegshetze oder gar Kriegsbeteiligung** – weder an der Seite von EU / USA / NATO, noch an der Seite von RUSSLAND, CHINA oder anderer Großmächte!

Gegen die Kriegstreiber in West und Ost!

**Für aktive, immerwährende politische,
wirtschaftliche und militärische Neutralität
Österreichs!**

Obiges Flugblatt haben wir nach dem Einmarsch russischer Truppen bei Demonstrationen verteilt. Mehr zum Thema, über Vorgeschichte, Gefahren und der Wichtigkeit der Neutralität gerade jetzt, auf den folgenden Seiten.

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen und ist entschieden abzulehnen. Wir rufen die russische Regierung auf, den Angriff sofort zu stoppen und Verhandlungen zu initiieren. Die Mitschuld des Westens, besonders der USA und der NATO sowie der EU, rechtfertigen keinesfalls diese militärische Aggression. Es gibt keine militärische, sondern nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit. Wir unterstützen den folgenden AUFRUF:

Friedenspolitik statt Eskalation*

Die Anerkennung von Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten durch Russland und die Entsendung von Militär ist ein Bruch des Minsk-II-Abkommens, das durch UN-Sicherheitsratsbeschluss Völkerrechtstatus hat. Dies dreht die Eskalationsschraube weiter nach oben, erhöht die Spannungen und verschärft das Kriegsrisiko.

Diese Entscheidungen sind die Reaktion Russlands darauf, dass die Ukraine die Umsetzung von Minsk II mit Duldung des Westens seit acht Jahren blockiert und eine Veränderung dieser Situation und der damit verbundenen unerträglichen Lage der Menschen in der Ostukraine nicht erreichbar erschien. Wir fordern sowohl von der Ukraine als auch von Russland und dem Westen, zu Minsk II zurückzukehren und auf dieser Basis über eine politische Lösung der Krise zu verhandeln.

Der Schritt Moskaus war die Reaktion darauf, dass die USA und die NATO nicht bereit waren, ernsthaft auf Verhandlungen über die legitimen Sicherheitsinteressen Moskaus einzugehen, die Moskau im Dezember vorschlug. Die europäischen NATO-Verbündeten haben sich der US-Politik angeschlossen, nicht nur mit Worten, wie zuletzt auf der Münchener Sicherheitskonferenz, sondern im Falle Großbritanniens, Frankreichs, Polens u.a. durch Waffenlieferungen oder die Verlegung von Militärpersonal.

Die erneute Verschärfung der Krise unterstreicht, wie dringend Deeskalation und Diplomatie sind. Sie zeigt, wohin es führt, wenn das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit ignoriert wird und stattdessen einseitig vollendete Tatsachen geschaffen werden. Jetzt hat Russland seinerseits zu diesen Methoden gegriffen. Die ganze Entwicklung ist letztlich die Folge des Bruchs von Zusagen der NATO, sich nicht nach Osten auszudehnen. Durch die ebenfalls völkerrechtswidrige militärische Durchsetzung der Abspaltung des Kosovo von Serbien und dessen Anerkennung hat die NATO die Büchse der Pandora geöffnet.

Umso notwendiger ist es jetzt, nicht weiter an der Eskalationsschraube zu drehen. Mit immer weiteren Sanktionen und der Verstärkung militärischer Drohkulissen nach dem Motto „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ auf Sieg statt auf Entspannung zu setzen, führt näher an den Abgrund. Sanktionen sind schon seit Jahren Teil einer friedensgefährdenden Konfrontationspolitik und eines Wirtschaftskriegs gegen Russland. Sie haben keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, sondern das Gegenteil.

Uns als Friedensbewegung kann es niemals um Putin, Biden und Großmachtinteressen gehen, sondern um Leben, Wohlfahrt und Frieden. Es geht um die Menschen in Donezk und Luhansk, um die Menschen in der Ukraine, in Russland und in ganz Europa. Wir fordern:

- Sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten auf allen Seiten;
- Rückkehr zu und zügige Umsetzung von Minsk II; • Konkrete Schritte zur Deeskalation;
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen;
- Beginn von Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensordnung Europas von Lissabon bis Wladiwostok.

Wir fordern die Friedensbewegung und alle am Frieden in Europa interessierten Menschen auf, sich in öffentlichen Aktionen, Infoständen, Mahnwachen, Demonstrationen und Initiativen für diese Forderungen zu engagieren, um den Marsch in den Abgrund zu stoppen.

* Der Aufruf wurde am 23. Februar 2022, einen Tag vor dem Einmarsch verfasst. Hervorhebungen (fett) durch die Redaktion. Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen: <https://www.imi-online.de/2022/02/23/ukraine-krise-friedenspolitik-statt-eskalation>

Österreichs Herrschende und der Krieg in der Ukraine

Friedensheuchelei und Pläne zur noch stärkeren Teilnahme an der EU-Militarisierung bis hin zur Abschaffung der Neutralität

Das offizielle Österreich gibt sich erschüttert über den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, verlangt den sofortigen Kriegsstopp, den Rückzug Russlands und sofortige Verhandlungen.

Völlig richtig und zu begrüßen – was sonst? Aber sind diese Beteuerungen glaubhaft? Seit Jahren gibt es Aufrüstungs-, Aufmarsch- und Angriffspläne gegen Osten von USA,

Tanner verlangte, sofort die „Schnelle Eingreiftruppe“ der EU zu aktivieren und schickte 120 Soldaten nach Bosnien-Herzegowina, angeblich zur Unterstützung, falls Flüchtlinge aus der Ukraine dorthin kommen.

NEOS-Chefin Meisl-Reisinger hat überhaupt wie schon früher gleich die EU-Armee propagiert und die Neutralität für unangebracht, feig und gegen die EU gerichtet bezeichnet.

Aber gerade jetzt, wenn Kriege bereits geführt werden, heißt Neutralität eben nicht Öl ins Feuer zu gießen, indem man für die Beteiligung Österreichs an EU-Kriegsplanungen trommelt. Die EU liefert nun erstmals als EU Waffen, jubelt Von der Leyen.

Heuchlerisch wird gesagt, man könne nicht neutral sein bei so einer Aggression Russlands. Ablehnung und Verurteilung ist geboten, ja.



NATO und EU, zum Teil in Konkurrenz zueinander – gerade was die Ukraine betrifft (*siehe dazu Links zu weiterführenden Artikeln am Ende des Beitrages*).

Der jetzige Einmarsch Russlands in die Ukraine hat dazu geführt, dass diese schon lange bestehenden Pläne noch schneller und intensiver vorangetrieben werden sollen. Allein Deutschland hat gleich angekündigt, 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr bereitzustellen.

Auch das offiziell neutrale Österreich erklärt vom Bundespräsidenten Van der Bellen abwärts, von Bundeskanzler Nehammer, Vizekanzler Kogler über Außenminister Schallenberg, Verteidigungsministerin Tanner, bis hin zur Umweltministerin Gewessler, dass WIR=EU Stärke zeigen müssen, dass WIR=EU aufrüsten müssen.

Genau! Die Neutralität Österreichs ist Sand im Getriebe der Kriegstreiber von USA, NATO, Großbritannien, EU, Frankreich und Deutschland und eine Sicherheit dafür, dass Österreich nicht wieder in Aufrüstung und Krieg hineingezogen wird. Darum geht es.

Österreichs Generalstabchef Robert Brieger, ab Juni 2022 Vorsitzender des EU-Militärausschusses (EUMC), also einer der obersten EU-Militärstrategen aus dem neutralen Österreich, trat in der ZIB 2 vom 24.2.22 für die Aufrüstung der EU und des Bundesheeres ein, um „EU-Aufgaben“ in Zukunft besser erfüllen zu können.

Die Worte „Österreich“ und „Neutralität“ kamen den Offiziellen in diesem Zusammenhang nicht oder nur so über die Lippen, dass es eben keine Neutralität gäbe – jetzt!

Als Neutraler muss man aber objektiv darüber aufklären, wer wieso zum Krieg treibt, sich als Ort für Verhandlungen, für einen sofortigen Stopp des Krieges anbieten und selbst nicht zu Aufrüstung und Krieg beitragen, sondern nur die Neutralität verteidigen – wie etwa die Schweiz.

Im Gegenteil dazu kettet sich Österreich einseitig in Worten und Taten noch mehr an diejenigen (EU, USA, NATO), die in der Ukraine Partei sind, dort an der politischen, wirtschaftlichen und militärischen „Westintegration“ mitwirkten, daran verdienen und die Ukraine in die jetzige Situation gebracht haben. Auch, weil Österreichs Wirtschaft fest mit dabei ist, dort massive Geschäftsinteressen hat. Österreich ist der sechstgrößte Direktinvestor in der Ukraine. *Fortsetzung Seite 4*

Die Wirtschaft will gerne weiter mit der EU-Osterweiterung, mit dem Russland- und Ukraine-Geschäft (Gas, Banken, Versicherungen, Telekom, Bau, Lebensmittel, verlängerte billige Werkbank, usw.) Profite scheffeln, aber genauso oder gar noch mehr mit der EU-Aufrüstung.

Wie ernst es Regierende und Parteien bei uns mit der Friedensbeteuerung für die Ukraine meinen, zeigt ihr Eiertanz vor den Wirtschaftsbossen und wie ihre „Friedensbekundungen“ ausschauen, nämlich, bei der EU-Aufrüstung mitzumachen. Doch das gerade Gegenteil ist notwendig, nämlich:

- entschiedenes Auftreten gegen den Einmarsch Russlands und die Verurteilung des Angriffs auf die Ukraine,
- gleichzeitig aber auch entschieden für die Beibehaltung und den Ausbau der Neutralität Österreichs im beginnenden neuen West-Ost-Konflikt einzutreten (der im Konkurrenzkampf zwischen den USA und EU/Deutschland um die Vorherrschaft in Europa und im Kampf gegen den Osten stattfindet).

Das ist den Kriegstreibern aller Richtungen und Parteifarben ein Dorn im Auge.

Die Österreicher*innen wollen keinen Krieg, wollen kein neuerliches Hineingezogen werden in noch mehr Konflikte, Krisen und Kriege. Das ist die kollektive Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen, und das zeigen alle Umfragen.

Die Regierenden heucheln zwar Frieden, wollen aber entgegen der Neutralität Österreichs die Bevölkerung unseres Landes einseitig für künftige Kriege, für EU-Aufrüstung und Kriegsbeteiligung gegen Osten, vorbereiten.

Und was machen die Regierenden, um den überwältigenden Neutralitätswillen der Österreicher*innen – und das sind über 80% – schlecht zu machen und ihr Vorgehen, den Ausverkauf der Neutralität als politisch korrekt zu rechtfertigen? Sie sagen, nur die FPÖ sei für die Neutralität. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die FPÖ ist nur auf Wählerfang aus, hat bekanntlich

keine Berührungsängste mit Putin und ist deutsch-national bis ins Mark. Mit Österreich und Neutralität hat die FPÖ nichts am Hut, ruft lieber zur nächsten Corona-Demo auf.

Aber weit wichtiger für die Herrschenden ist, die breite Medienkampagne, die den Österreicher*innen die Neutralität ausreden soll.

Einstimmung auf die „neue Normalität“, auf einen künftigen großen Krieg, bei dem auch Österreich dabei sein soll



Der „Kurier“ ruft das „Ende der Gemütlichkeit“ aus, dass es keinen Weg zurück in den War-Zustand gibt, wir bereits im „War“-Zustand (= englisch Kriegszustand) leben und es kein Zurück gibt. Die Botschaft ist klar, gewöhnt euch an Katastrophen und Krieg als neue Normalität. Daher müssten wir da mitmachen.



„Krone“ und „Standard“ wiederum reden vom „Ende einer Epoche“ oder von „Ende des 30-jährigen Friedens“ und stimmen uns auf neue Kriegszeiten ein.

Dabei wird verschwiegen, dass es durch den von EU und USA provozierten Krieg gegen Jugoslawien schon 1991 bis 1999, mit NATO-Bombardierung und völkerrechtlich einseitiger Herauslösung des Kosovo, den ersten Krieg nach 1945 in Europa schon gegeben hat.

Anschließend forcierte die NATO im Wettlauf mit der EU die Osterweiterung, die in der Ukraine an die Grenzen stieß, weil das Land bis 2005/2014 sowohl mit der EU als auch mit Russland verbunden sein wollte. „Orangene Revolution“, die von den USA finanziert wurde und

der Putsch am Maidan 2014 gegen den gewählten Präsidenten Janukowitsch und die Installierung des US-nahen Präsidenten Poroschenko, sollte die Ukraine an EU und NATO heranführen.

Vranitzky für EU-Militarisierung

Der ORF hat sogar SPÖ-Altkanzler Vranitzky ins ZIB-Studio (26.2.) geholt, um auch noch die SPÖ-Wähler*innen zur EU-Kriegsraison zu bringen: Vranitzky sprach von der „Neuordnung Europas“. Es müsse eine Geschlossenheit der EU-Mitglieder geben. Es muss eine bewaffnete Einheit geben, die man in der EU herzeigen kann. Ja, wir sind neutral, aber wir können und sollen uns angemessen bei EU-Maßnahmen beteiligen. Und was versteht der SPÖ-Altkanzler unter „angemessen“?

Früher hat es immer geheißen, so Vranitzky, soziale Sicherheit sichert Sicherheit. Gebt daher nicht so viel Geld für das Militär aus, sondern für soziale Sicherheit. Doch das ist „Sozialsprech“, davon muss man weg.

Nein, nicht davon, sondern von der Kriegshetze und in Zukunft geplanten Kriegsteilnahme Österreich in und mit der EU oder gar mit NATO/USA, muss man weg. Schnell! Die österreichische Bevölkerung hat aus zwei Weltkriegen gelernt: Egal welche Verbrecher aufeinander schießen lassen, wir wollen und sollen nicht mehr dabei sein. Die Neutralität ist unser Faustpfand, nicht wieder in einem großen Krieg verheizt zu werden. Doch die Politik, wie wir sehen, ist da keine Unterstützung für die Bevölkerung. Im Gegenteil, sie vertritt die Interessen des Kapitals und der Militärs.

Es geht nicht darum, Putin zu verstehen, es geht darum, die Lage zu verstehen und sich nicht in neue Kriege hineinziehen zu lassen – von wem auch immer!

Schluss mit dem Krieg! Russland raus aus der Ukraine – NATO/EU nicht hinein in die Ukraine! Gegen die Kriegstreiber in Ost und West! JA zur immerwährenden Neutralität Österreichs.

Mehr Infos und Vorgeschichte zum Ukraine-Konflikt/Krieg siehe www.prosv.at.

Einkaufen und Wohnen wird teurer und teurer, Strom-, Heiz- und Treibstoffkosten steigen und steigen, doch die Regierung will mit Gutscheinen, die Opposition mit Mehrwertsteuer-Senkung die „Not“ lindern. Wirklich?

Preisstopp und Preisregulierung statt „Gutschein“

Wohnen/Mieten

Während die Preise insgesamt von 2010 bis 2020 um 19,8% zulegten, verteuerten sich die Mieten im Schnitt um 44%. In Wien stiegen die Mieten in Hauptmietwohnungen besonders stark, uzw. um 50%. Im Detail: bei Gemeindewohnungen um 35%, bei Genossenschaftswohnungen um 41% und bei privaten und anderen Mieten um 61%.

Während bei den Mieten die Erhöhung ausgesetzt wurden, werden die höheren Preise bei Strom, Gas, Heizöl, Treibstoff, Lebensmittel, anderen Gütern des täglichen Bedarfs den Konsumenten aufgebrummt.

Strom/Gas

So hat sich der Preis für Gas und Strom seit dem Vorjahr verdoppelt. Laut AK müssen Haushalte, die Strom und Gas haben, je nach Verbrauch, mit Mehrkosten von 400 bis 600 Euro im Jahr rechnen.

Als 2020 wegen Corona die Preise im Keller waren, haben die Energiekonzerne den Extragewinn aus dem niedrigen Großhandelspreis nicht an die Kund*innen weitergegeben. Kaum steigen die Preise, wird das schnell auf die Kund*innen abgewälzt.

Dabei schreiben die Energiekonzerne wie Verbund oder OMV riesige Millionengewinne. Die OMV wies 2021 sogar einen Rekordgewinn aus und erhöhte die Dividende für die Aktionäre um 24%. Die Gewinne der Aktionäre sind die Verluste/Kosten der Konsument*innen.

Besonders betroffen davon sind die 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Abschaltverbot, langfristige Ratenzahlungen und Heizkosten- wie auch Mietkostenzuschüsse sind notwendig, aber letztlich kein Ausweg, weil einmal muss das bezahlt werden.

Während die Energiepreise übers Jahr um 100%, die Mieten um 50% stiegen, legten Löhne und Gehälter, Arbeitslosengeld oder Pensionen nur um 2 bis 5% zu.



Gutschein – mehr Schein als gut

Daher schlug die Regierung nach Druck von AK, ÖGB und SPÖ Einmalzahlungen z.B. für die gestiegenen Energiepreise vor und will dies nun – allerdings auch für hohe Einkommen – in Form von Gutscheinen abgelten. Dabei muss der Gutschein beim Energieversorger von jedem selbst über das Bundesrechenzentrum (BRZ) online beantragt/ingereicht werden. Das BRZ gibt die Daten dann an die Energielieferanten weiter. Die Gutschrift bekommt man dann mit der Jahresabrechnung – für viele also nicht jetzt, wo es nötig wäre, sondern bis zu

einem Jahr später. Dabei sind die 150 bzw. 2 x 150 Euro absolut zu wenig!

AK, ÖGB und SPÖ fordern stattdessen eine Mehrwertsteuersenkung. Richtigerweise würden man dann schneller, schon bei der nächsten Teilzahlung, die Entlastung erhalten. Aber dadurch entgehen dem Staat Steuereinnahmen, die von den Reichen zu den Ärmeren umverteilt werden könnten.

Was AK, ÖGB und SPÖ mit dem Vorschlag nicht angreifen und beseitigen, ist die Ursache der Preissteigerung, die Spekulation auf den Energiebörsen. Diese hat nur begrenzt mit dem wirklichen Verbrauch zu tun. Damit sind die Profite der Energiehändler und -konzerne weiter gesichert.

Preisstopp und Preisregulierung

Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsvorschläge sichern – Krise, Pandemie, Krieg hin oder her – die Profite der Konzerne ab. Daher ist ein staatlicher Preisstopp, eine staatliche Preisregulierung oder eine Energieversorgung in der öffentlichen Hand, die nicht auf Profit, sondern auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet ist, der einzige Weg, den Spekulationen der Energiehändler und -konzerne Einhalt zu gebieten und damit die Kosten im Interesse der Konsument*innen in den Griff zu bekommen, sprich zu senken.

*

EINLADUNG

Online-Treffen am 10. und 17. März 2022 um 19.00 Uhr

Krieg, Klima, Katastrophen. Was tun?

Anmeldung unter: oesolkom@gmx.at Wir schicken den Link zu. Konkurrenz der Großmächte um Rohstoffe, Einflussphären, Macht, führt zum Krieg. Krieg ist der größte Klimakiller, AKW und Atombomben sind siamesische Zwillinge. Atomenergie ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe. Wir bereiten uns auf die Klimademonstration am 25. März 2022 vor. Macht mit!

Gesundheitseinrichtungen der AUVA im Krisenmodus

Bericht einer Betroffenen

Dezember 2021

Seit nunmehr fast zwei Jahren befinden wir uns in den Gesundheitseinrichtungen der AUVA im Krisenmodus. Während im ersten harten Lockdown im März 2020 das vorherrschende Thema die Materialbeschaffung war, kämpfen wir derzeit mit fehlenden personellen Ressourcen. In den ersten Wochen der Pandemie mussten wir miterleben, wie abhängig wir von globalen Märkten sind. Wir hatten keine sterilen Handschuhe und OP-Abdeckungen mehr bzw. mussten mit den vorhandenen Materialien sehr sorgsam umgehen um zumindest die Akutversorgung zu garantieren. Als Sicherheitsvorkehrung wurden Kohortierungen des Personals durchgeführt, die große Verunsicherung unter den Mitarbeiter*innen auslösten.

Wir haben aber in den vergangenen zwei Jahren in Bezug auf den Umgang mit Krisensituationen viel dazu gelernt. Während am Beginn der Krise die Rehabilitationszentren und UKHs zum Teil mit dem Leistungsangebot stark eingeschränkt wurden, haben wir im Laufe der Pandemie in den Unfallkrankenhäusern großteils die gesamte Unfallversorgung übernommen, um andere Krankenhäuser zu entlasten. Aber natürlich hatten und haben auch wir immer wieder an Covid erkrankte Patient*innen und einige sind leider auch daran verstorben.

Auch an den Umgang mit strengen Hygienemaßnahmen haben wir uns gewöhnen müssen. **Zu den eigentlichen Aufgaben haben unsere Kolleginnen und Kollegen weitere Tätigkeiten dazu bekommen.** Ständige Testungen der Patient*innen und Mitarbeiter*innen, Einlasskontrollen, vermehrte Administrationen, ständige Diskussionen mit Angehörigen über Besucherregelungen, belasten das

Personal sehr: Dazu kommt der erhöhte Arbeitsaufwand und gleichzeitig reduzierte Personalstand aufgrund von Erkrankungen, Quarantäne, Freistellungen usw. Teilweise müssen Abteilungen geschlossen werden, um das vorhandene Personal auf die übrigen Stationen aufteilen und so Personallücken stopfen zu können. Das bedeutet dann immer auch, dass Dienstpläne umgeschrieben werden müssen, Überstunden anfallen und die Mitarbeiter*innen extrem flexibel sein müssen. **Leider hat es in den letzten zwei Jahren nicht wirklich eine Verschonungspause für das Personal gegeben.**



An dieser Stelle möchte ich betonen, dass **nicht nur das Gesundheitspersonal, sondern alle im Krankenhaus Tätigen sehr belastet sind.** Die Belastbarkeit der Kolleginnen und Kollegen wird jedoch immer geringer, geschuldet auch den ermüdenden Diskussionen zwischen Geimpften und Ungeimpften, Impfpflicht und ständig verschärften Maßnahmen. Die Diskussionen mit Angehörigen oder uneinsichtigen Patient*innen tun das Ihrige dazu. Es gibt Tage, da herrscht so eine bedrückte Stimmung im Haus, dass es einem das Herz zuschnürt. Die Fröhlichkeit und Leichtigkeit, viele Dinge auch mit Humor zu nehmen ist an Covid gestorben.

Was es jetzt brauchen würde, ist eine

spürbare Entlastung der Kolleginnen und Kollegen.

Die Forderungen nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gilt es jetzt dringender denn je umzusetzen. Leider gibt es da besonders von Seiten der ÖVP-nahen Organisationen wie Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung keinerlei Verständnis.

Wir steuern jedoch auf einen massiven Personalmangel hin, der nur abzuwenden ist, indem die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Nur so können Krankenstände reduziert und auch jungen Menschen die Entscheidung, einen Beruf im Gesundheitswesen zu ergreifen, erleichtert werden.

Update – Februar 2022

Bei uns hat sich die Lage kaum verändert. Leider ist es nicht besser geworden. Auch wenn die schweren stationären Coronafälle sinken, kämpfen wir mit unseren Personalressourcen. Zudem wird bei uns in Linz auch ein neues Krankenhausinformationssystem installiert und es sind nun laufend Schulungen für das Personal. Auch das belastet sehr.

Immer wieder kommt es zu Kündigungsgedanken bei den Kolleg*innen und letztendlich auch zu Kündigungen. Ich habe noch nie so viel Austritte erlebt, wie in den letzten 4 Monaten. Die Luft ist einfach herauf und die Kolleg*innen können und wollen nicht mehr. **Wir würden dringend zumindest eine Aussicht auf eine Verbesserung der Bedingungen brauchen. Alle wollen eine Arbeitszeitverkürzung und die, die es sich leisten können, gehen auch auf Teilzeit.**

Martina Kronsteiner
Betriebsratsvorsitzende
Angestelltenbetriebsrat UKH Linz

*



Öffentliches Gesundheitswesen: Keine Besserung in Sicht. Warum?

Das Gesundheitspersonal in Österreich arbeitet schon über viele Jahre viel zu viel und um zu wenig Geld mit unbezahlten Überstunden, Personalausbeutung usw. Der Sozialabbau in den letzten Jahren hat die Arbeitsbedingungen noch verschärft. Der Umbau in der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, die Umfärbung und Entmachtung der Versicherten (Gebietskrankenkassen), Pensionsversicherung, Personalabbau haben die Situation nochmals verschlechtert.

Doch das alles hat Methode.

Die Regierungen, vor allem Türkis-Blau, machen auch im Gesundheitswesen radikal Politik fürs Kapital.

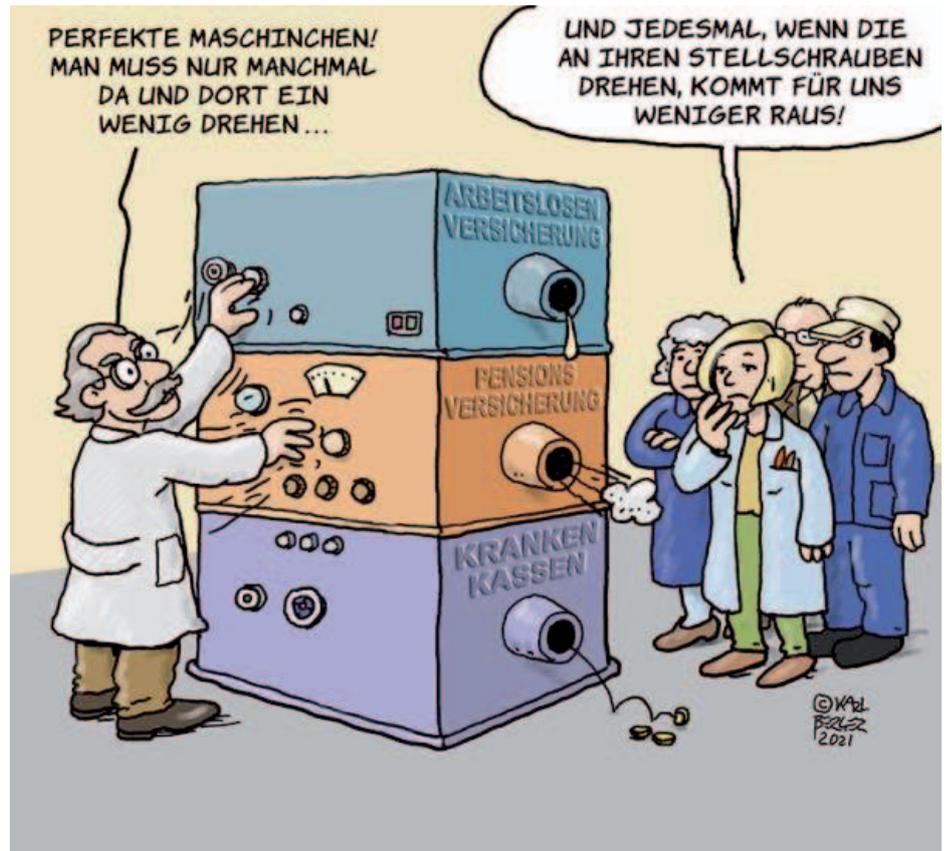
Der Versicherungskuchen im Gesundheitswesen macht ca. 60 Milliarden Euro aus. Diese Gelder sollen den privaten Gesundheitskonzernen zufließen, das heißt:

Das öffentliche Gesundheitswesen soll gar nicht besser werden.

Im Gegenteil: Je schlechter es wird, umso besser lässt sich private Krankenversicherung, private Krankenvorsorge verkaufen.

Das Geschäft mit der Gesundheit blüht in Europa!

Das europäische Gesundheitswesen ist eine goldene Möglichkeit für Private Equity (= privates außerbörsliches Beteiligungskapital). In Deutschland erreichte z.B. schon 2016 das Investitionsvolumen in Pflegeimmobilien mit drei Milliarden Euro ein Rekordniveau. So ist der



Median-Konzern mit jährlich 230.000 Patienten und 15.000 Beschäftigten nach eigenen Angaben größter privater Betreiber von Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland. Median ist im Besitz des niederländischen Private-Equity-Fonds Waterland. Allein dieser Konzern verfügt über fast elf Prozent aller Rehabetten in Deutschland. Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt in Deutschland wie auch in Österreich deutlich zu. Das ist ein Milliarden-geschäft mit privater Pflege, unabhängig von konjunktureller Entwicklung. Und oft mit attraktiven Immobilien als Sicherheit.

Auch in Österreich machen private Gesundheitskonzerne gute Geschäfte.

Der österreichische Vamed-Konzern (gehört größtenteils dem deutschen Fresenius-Konzern) machte 2020 über 2 Milliarden Euro Umsatz, ca. 30% in Österreich. Vamed ist schon der größte private Rehab-Anbieter in Österreich. Er hat über 18.000 Mitarbeiter*innen.

Es geht darum: Die Gesundheit der Allgemeinheit ist den Mächtigen nicht wichtig. Da hilft nur aufstehen und sich wehren.

**NEIN zur Krankenkasse in Unternehmerhand!
JA zur sozialen Krankenversicherung!**

**Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten
in der Sozialversicherung wiederherstellen!**



www.prosv.at

Eindrücke von der Kundgebung

„NEIN zur EU-Taxonomie-Verordnung!“



Kundgebung am 17.2.22 vor dem Haus der EU /Wien.



*Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe * KEIN Geld für die Atomindustrie * Raus aus EURATOM und IAEA!*

Vertreter*innen vieler Anti-Atom-, Anti-Kriegs-, Friedens-, Sozial-, Umwelt-, Natur- und Klimaschutzinitiativen protestierten gegen die EU-Entscheidung, Atom für „grün“ zu erklären. Das hat mit Klimaschutz nichts zu tun, sondern dient nur dazu, die Profite der Atomstrom- und Atomrüstungsindustrie abzusichern. Im Anschluss übergab eine Delegation Protestnoten an die Vertretung der EU-Kommission und des EU-Parlaments in Österreich.

[Argumente gegen die EU-Verordnung, Unterstützer- und Redner*innen: AUFRUF_FB_17-2-22_endf](#)

[Soli-Adressen + weitere-BILDER-1](#)

Medienberichte:

* [Atomkraft ist "Grün": Kundgebung gegen EU-Kommission-Beschluss \(oe24.at\)](#)

* <https://www.w24.at/News/2022/2/Bezirksflash-Augartenschliesst-wegen-Starkwind>

* All diese Links und Infos auch auf: www.prosv.at

Datenschutzerklärung siehe: www.pprosv.at unter: Über uns / Impressum & Datenschutz

Einladung zum Online-Treffen 10. und 17. März 2022, 19.00 Uhr Krieg, Klima, Katastrophen. Was tun?

Konkurrenz der Großmächte um Rohstoffe, Einfluss-sphären, Macht führt zum Krieg. Krieg ist der größte Klimakiller, AKW und Atombomben sind siamesische Zwillinge. Atomenergie ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe.

Wir bereiten uns auf die Klimademonstration am 25. März 2022 vor.

Anmeldung: oesolkom@gmx.at

Wir schicken den Link zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritäts-komitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.